



Probleme im Flüchtlings-Amt

Was passiert dort gerade?



Im folgenden Text geht es um das:
Bundes-Amt für Migration und Flüchtlinge.

Die Abkürzung dafür ist BAMF.

Genauer:

Es geht um das Bremer BAMF-Büro.

Denn: Mitarbeiter im Büro sollen mit Absicht Gesetze gebrochen haben.

Folgendes steht zum Beispiel im Text:

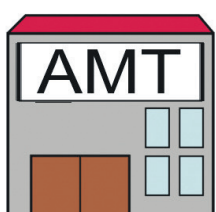
- Was ist das Bremer BAMF?
- Worum geht es bei der Vermutung, dass Mitarbeiter Gesetze gebrochen haben?
- Welche Probleme gab es sonst noch im BAMF?
- Was passiert jetzt?

Was ist das BAMF?

Das BAMF ist ein Amt.

Und zwar das wichtigste Amt, wenn es um Menschen aus anderen Ländern in Deutschland geht.

Also zum Beispiel um Flüchtlinge.



Das BAMF macht zum Beispiel folgende Dinge:

- Es überprüft, ob eine Person aus einem anderen Land in Deutschland bleiben darf.
- Es sorgt dafür, dass Menschen, die nicht bleiben dürfen, wieder in ihr Heimat-Land zurückkehren.
- Es kümmert sich um Sprach-Kurse.

Ereignisse im Bremer BAMF

Das BAMF hat Büros in verschiedenen Städten.

Ein Büro ist in der Stadt Bremen.

Und über dieses Büro gibt es eine Vermutung.

Sie lautet:

Vielleicht haben Mitarbeiter im Bremer BAMF mit Absicht Asyl-Anträge falsch bearbeitet.



Was ist ein Asyl-Antrag?

Ein Asyl-Antrag ist Folgendes:

Manchmal müssen Menschen ihr Heimat-Land verlassen.

Zum Beispiel, weil sie dort nicht sicher sind.





Dann können sie in einem anderen Land um Asyl bitten.

Das Wort „Asyl“ bedeutet:
Eine Person bekommt in einem fremden Land Schutz und Hilfe.

Damit eine Person in Deutschland Asyl bekommen kann, muss sie einen Antrag stellen. Den nennt man dann einen Asyl-Antrag.

Das BAMF überprüft den Antrag.

Dann entscheidet es:
Die Person darf bleiben.
Oder: Die Person muss wieder in ihr Heimat-Land zurück.

Was ist in Bremen passiert?

Im BAMF-Büro in Bremen ist wohl Folgendes passiert:

Dort haben Mitarbeiter vielleicht falsch über Asyl-Anträge entschieden.

Und zwar so:
Eigentlich hätten Leute aus anderen Ländern nicht in Deutschland bleiben dürfen.

Aber: Sie haben trotzdem eine Erlaubnis bekommen.

Das ist nicht nur einmal passiert. Sondern vielleicht über 1200 Mal. Und zwar in den Jahren von 2013 bis 2016.

Darum glauben viele Menschen: Das waren keine Fehler. Die Mitarbeiter haben mit Absicht falsch entschieden. Und dadurch Gesetze gebrochen.

Zu den Ereignissen im Bremer BAMF gibt es jetzt viele Fragen.

Zum Beispiel folgende:

- Was genau ist in Bremen passiert?
- Wer wusste davon?
- Zu welchem Zeitpunkt haben bestimmte Personen davon erfahren?

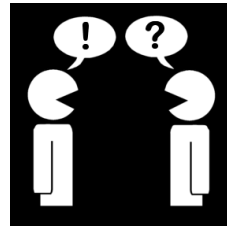


Fragen beantworten

Die Fragen über die Ereignisse in Bremen muss man klären.

Bisher ist nämlich alles nur eine Vermutung. Bewiesen ist noch nichts.

Um die Fragen zu klären, tut man bisher zum Beispiel folgende Dinge:



1) Entscheidungen überprüfen

18-Tausend alte Asyl-Anträge aus Bremen will man jetzt noch einmal überprüfen.

Und auch BAMF-Büros in anderen Städten will man überprüfen.

Man will schauen: Gibt es dort auch auffällige Ereignisse?



2) Überprüfung von Personen

Die Staats-Anwaltschaft von Bremen überprüft den Fall.

Die Staats-Anwaltschaft ist ein Amt. Seine Aufgabe ist:
Es untersucht Verbrechen. Und bringt die Täter vor Gericht.

Sie hat vor allem die ehemalige Chefin vom Bremer BAMF-Büro im Auge. Aber auch andere Personen.



3) Befragungen

Der Innen-Ausschuss vom Bundes-Tag versucht, die Fragen zu klären.

Ein Ausschuss ist eine Arbeits-Gruppe. In ihr arbeiten mehrere Politiker vom Bundes-Tag zusammen. Sie treffen sich regelmäßig.

Es gibt verschiedene Ausschüsse.

Jeder Ausschuss beschäftigt sich mit bestimmten Themen.

Der Innen-Ausschuss beschäftigt sich zum Beispiel mit folgenden Dingen:

- Religionen in Deutschland
- Sicherheit in Deutschland
- Ausländer





Die Ausschüsse haben verschiedene Aufgaben.

Zum Beispiel:

Sie bereiten Gesetze vor.
Dann kann der Bundes-Tag darüber abstimmen.

Außerdem können die Ausschüsse Experten zu ihren Themen befragen.
So wollen sie möglichst viele Infos zu einem Thema sammeln.



Darum hat man sehr schnell viele neue Mitarbeiter eingestellt.



Außerdem hat man dafür gesorgt, dass die Anträge schneller bearbeitet werden.

Dadurch kam es aber immer wieder zu Problemen.

Zum einen, weil die neuen Mitarbeiter nicht alle richtig ausgebildet waren.

Zum anderen, weil sie zu wenig Zeit für die Bearbeitung hatten.

Dadurch gab es immer wieder Fehler bei den Asyl-Anträgen.

Das konnte man auf der einen Seite in den Nachrichten hören.

Auf der anderen Seite haben aber auch immer wieder Mitarbeiter vom BAMF gesagt:
Das BAMF ist überfordert.



Der Innen-Ausschuss soll die wichtigen Fragen zu den Ereignissen im Bremer BAMF klären.

Darum haben seine Mitglieder schon verschiedene Personen befragt.
Und sie befragen in den nächsten Wochen auch noch weitere Personen.

Zum Beispiel

- Wichtige Politiker, die für das BAMF verantwortlich sind.
Oder die in den letzten Jahren verantwortlich waren.
- Personen, die in den letzten Jahren das BAMF geleitet haben.

Noch mehr Probleme

Der Vorfall mit den Asyl-Anträgen in Bremen ist aber nicht das erste Problem vom BAMF.

Über das BAMF hat man in den letzten Jahren immer wieder gesprochen.

Dabei ging es meist um Folgendes:

Vor allem im Jahr 2015 kamen sehr viele Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland.

Für all diese Menschen muss das BAMF überprüfen:
Dürfen sie bleiben?
Oder müssen sie Deutschland wieder verlassen?

Das Problem war:

Das BAMF war auf so viel Arbeit nicht vorbereitet.

Es gab nicht genug Mitarbeiter.



Mehr Fragen beantworten

Verschiedene Gruppen versuchen also schon, die Ereignisse in Bremen aufzuklären.

Einige Politiker vom Bundes-Tag fordern aber: Es soll einen Untersuchungs-Ausschuss geben.
Er soll alle Probleme beim BAMF in den letzten Jahren aufklären.

Auch ein Untersuchungs-Ausschuss ist eine Arbeits-Gruppe.

In ihr arbeiten mehrere Politiker vom Bundes-Tag zusammen.

Sie sollen ein bestimmtes Thema genau überprüfen.
Und sie sollen Fragen dazu klären.



Ein Untersuchungs-Ausschuss ist also so etwas ähnliches wie die anderen Ausschüsse vom Bundes-Tag.

Also zum Beispiel der Innen-Ausschuss.

Der Untersuchungs-Ausschuss hat aber ein paar Besonderheiten.

Man gründet ihn zum Beispiel extra für ein bestimmtes Thema.

Und er beschäftigt sich dann nur mit diesem einen Thema.

Ein Untersuchungs-Ausschuss hat auch mehr Rechte als ein normaler Ausschuss.

Zum Beispiel:

- Wenn die Mitglieder eine Person befragen wollen, dann darf die Person sich nicht weigern. Bei normalen Ausschüssen kann sie das tun.
- Die befragte Person muss die Wahrheit sagen.
- Die Mitglieder dürfen Akten lesen. Sogar Akten, die normalerweise geheim sind.
- Sie können verlangen, dass Personen Dinge herausgeben. Und zwar, wenn diese Dinge als Beweise dienen können.

So kann ein Untersuchungs-Ausschuss vielleicht mehr Fragen beantworten als ein normaler Ausschuss.

Am Ende schreiben die Mitglieder vom Untersuchungs-Ausschuss einen Bericht.

Das ist ein sehr langer Text.

Darin steht alles, was sie herausgefunden haben.

Mit dem Bericht können dann verschiedene Dinge passieren.

Zum Beispiel:

Vielleicht machen die Politiker vom Bundes-Tag neue Gesetze.

Vielleicht verlieren auch Personen ihre Arbeits-Stelle.

Weil herauskommt, dass sie große Fehler gemacht haben.

Der Bericht wird auch veröffentlicht. Das heißt: Man stellt ihn zum Beispiel ins Internet.

Dann kann jeder den Bericht lesen. Oder Zeitungen können darüber berichten.

Wie geht es weiter?



Damit ein Untersuchungs-Ausschuss gegründet wird, müssen genug Politiker vom Bundes-Tag dafür sein.

Bisher ist das nicht so.

Viele Politiker finden:

Einen Untersuchungs-Ausschuss muss man erst mal gründen. Das kostet viel Zeit.

Der Innen-Ausschuss kann schon jetzt wichtige Fragen beantworten.

Andere Politiker sagen aber:

Ein Untersuchungs-Ausschuss kann vielleicht mehr Fragen beantworten.



In den nächsten Wochen beschäftigt sich auf jeden Fall der Innen-Ausschuss weiter mit dem Thema.

Vielleicht weiß man dann schon genauer, was beim BAMF passiert ist.

Bis der ganze Fall aufgeklärt ist, dauert es aber vermutlich noch eine ganze Weile.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Wolfgang Kumm/dpa. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © PictoFrance (www.pictoFrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 24/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 18. Juni 2018.